

## Konjunkturlage in Deutschland

### Grundtendenzen

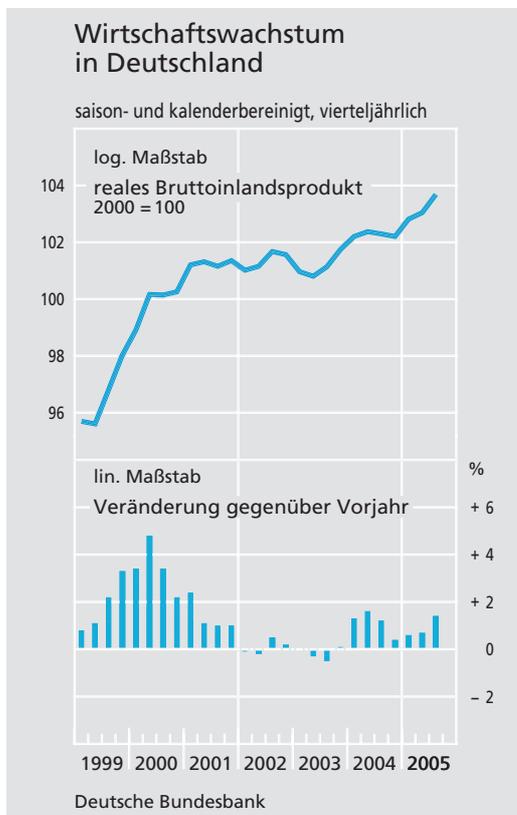
---

Nach der vorübergehenden konjunkturellen Beruhigung im zweiten Quartal dieses Jahres hat die deutsche Wirtschaft in den Sommermonaten ihre Aufwärtsentwicklung mit beachtlichem Tempo wieder fortgesetzt. Den ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Vierteljahr saison- und kalenderbereinigt um 0,6 % höher gewesen als im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt, der gegenüber der ersten Schätzung leicht nach oben korrigiert worden ist. Das vergleichbare Ergebnis des Vorjahres wurde nach Ausschaltung von Kalendereinflüssen um 1,4 % überschritten. Im Frühjahr hatte die entsprechende Rate 0,7 % betragen. Für die ersten drei Quartale des laufenden Jahres insgesamt ergibt sich damit in dieser Abgrenzung eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der Vorjahrsbetrachtung um 0,9 %. Die vorliegenden Daten stützen die Erwartung eines Wachstums des BIP im Jahr 2005 von kalenderbereinigt rund 1 %.

*Verstärktes  
Wachstum des  
BIP im dritten  
Quartal 2005*

Wesentlichen Anteil am positiven Gesamtergebnis hatte erneut die günstige außenwirtschaftliche Entwicklung. So haben die Lieferungen deutscher Erzeugnisse in das Ausland, der anhaltend guten Auftragslage rasch folgend, in den Monaten Juli bis September erheblich zugenommen. Kräftig gestiegen sind dabei vor allem die Warenexporte in Länder außerhalb des Euro-Währungsraumes, während die Ausfuhren in die EWU-Partnerländer insgesamt nur geringfügig höher waren als im Frühjahr. Gleichzeitig legten aber auch die Einfuhren, speziell aus Drittländern, deutlich

*Günstige  
außen-  
wirtschaftliche  
Entwicklung*



zu. Neben Konsumgütern wurden auch Vorleistungs- und Investitionsgüter verstärkt importiert, was mit der lebhaften Produktion und den in den letzten Jahren immer intensiveren produktionstechnischen Verflechtungen zusammenhängt. Insgesamt schloss der Außenwirtschaftsverkehr in realer Rechnung mit einem deutlich positiven Saldo ab. Daneben ist es auch im Inland zu stärkeren Wachstumsimpulsen gekommen. Zum einen verzeichneten die Anschaffungen von Maschinen und Ausrüstungen, die im Frühjahr vorübergehend schwach gewesen waren, wieder ein deutliches Plus. Zum anderen sind die Bauinvestitionen erstmals seit längerem etwas gestiegen. Zwar wird hier das entsprechende Vorjahrsniveau nach wie vor merklich unterschritten, der Rückstand ist aber deutlich kleiner geworden.

Weiterhin sehr zurückhaltend blieben dagegen die privaten Haushalte mit ihren Konsumausgaben. Dies zeigt sich unter anderem in sinkenden Umsätzen beim Einzelhandel. Aber auch die Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen erreichten im Sommer nicht wieder das Niveau der Frühjahrsmonate. Hier könnten die hohen Benzinpreise abschreckend gewirkt haben. Diese trugen ferner dazu bei, dass selbst in den Hauptferienmonaten Juli und August der Benzinabsatz deutlich niedriger war als vor zwölf Monaten. Dagegen sahen sich viele Haushalte angesichts der gesunkenen Vorräte genötigt, auch bei stark erhöhten Preisen ihre Heizölbestände etwas aufzustocken. Die insgesamt gestiegenen Ausgaben für die Versorgung mit Energie, zu der die Umlagen für Zentralheizung und Warmwasser ebenso wie auch der Verbrauch von Strom und Gas zählen, haben den Spielraum für andere Verwendungszwecke sicherlich eingeschränkt. Die Sparneigung dürfte sich kaum verändert haben.

*Schwacher  
privater  
Verbrauch*

## Produktion und Umsätze

In sektoraler Betrachtung hat die anhaltend lebhaft Geschäftstätigkeit in der Industrie wesentlich zum guten Abschneiden in den Sommermonaten beigetragen. Saison- und kalenderbereinigt wurde die Produktion im dritten Quartal um 1¼% gegenüber den Frühjahrsmonaten April bis Juni ausgeweitet, in denen bereits ein ähnlich hoher Anstieg zu verzeichnen gewesen war. Das Plus im Vorjahrsvergleich vergrößerte sich auf 3¼%, gegenüber 2½% im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt.

*Kräftiger  
Anstieg der  
Industrie-  
produktion*

*Leichte  
Zunahme der  
Kapazitäts-  
auslastung*

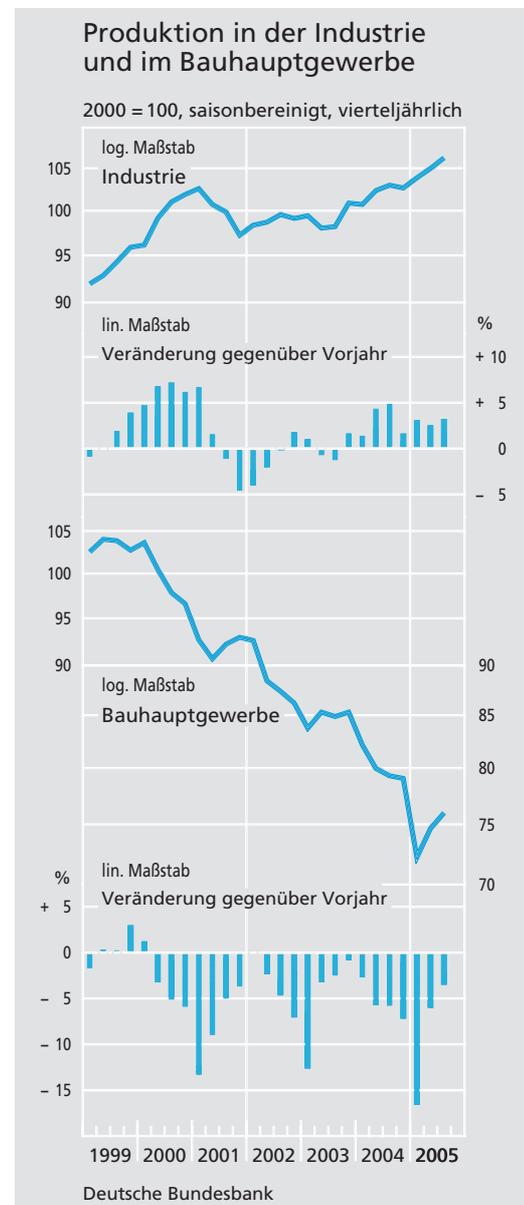
Nach den Angaben des ifo Instituts führte die Zunahme der Erzeugung auch zu einer erhöhten Auslastung der betrieblichen Kapazitäten. Im Durchschnitt der befragten Firmen dürfte sie inzwischen auf Normalniveau liegen. Dadurch rücken auch Erweiterungsinvestitionen wieder näher, obgleich die technischen Produktionsspielräume in vielen Betrieben durch besser optimierte Maschinenlaufzeiten infolge von verlängerten oder flexiblen Arbeitszeiten vergrößert worden sind.

*Wachstum bei  
Vorleistungs-  
und  
Verbrauchs-  
gütern*

Beteiligt am industriellen Produktionszuwachs waren insbesondere die Bereiche der Vorleistungsgüter und der Verbrauchsgüter. Bei den Grundstoffen lag die Metallerzeugung und -verarbeitung weit an der Spitze. Hatte sich hier noch in der ersten Jahreshälfte eine leichte Abschwächung gezeigt, so wurden nunmehr die Mitte des vergangenen Jahres erreichten Höchststände sogar etwas überschritten. Damit dürfte die Eisen- und Stahlindustrie den Kapazitätsgrenzen wieder nahe gekommen sein. Daneben hat sich auch die Produktion in der chemischen Industrie deutlich erhöht und die Beruhigung vom zweiten Quartal weitgehend ausgeglichen. Unter den Herstellern von Verbrauchsgütern verzeichneten insbesondere einige Zweige der Nahrungsmittelindustrie eine gute Entwicklung. Deutlich hinter dem Industriedurchschnitt zurück blieb dagegen der Investitionsgütersektor, wenngleich das im Frühjahr erhöhte Produktionsniveau gehalten werden konnte.

*Hohe Auslands-  
lieferungen*

Ein Gutteil der Produktion war wiederum für das Ausland bestimmt. In saisonbereinigter Rechnung legten die deutschen Exporte dem



Wert nach um insgesamt  $4\frac{1}{2}\%$  gegenüber dem zweiten Quartal zu. Besonders kräftig stiegen die Lieferungen von Investitionsgütern, die im Juli/August – bis dahin liegen Angaben in sektoraler Aufgliederung vor – saisonbereinigt ebenfalls um  $4\frac{1}{2}\%$  über das Niveau des zweiten Quartals hinausgingen. Dies dürfte auch mit der inzwischen hohen Kapazitätsauslastung in weiten Teilen der Weltwirtschaft zusammenhängen, die zuneh-

## Entwicklung des Außenhandels nach Warengruppen

Veränderung in %

Position	Durchschnitt Juli/August 2005 gegenüber			
	2. Quartal 2005, saisonbereinigt		Juli/August 2004, Ursprungswerte	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
<b>Insgesamt</b>	<b>+ 3,5</b>	<b>+ 4,8</b>	<b>+ 8,2</b>	<b>+ 8,7</b>
<b>Ausgewählte Hauptgruppen</b>				
Vorleistungsgüter	+ 2,2	+ 4,1	+ 2,5	- 0,8
Investitionsgüter	+ 4,7	+ 3,7	+ 6,8	+ 1,2
Konsumgüter	- 0,5	+ 5,8	+ 3,4	+ 3,6
Energie	.	+ 7,9	+ 13,2	+ 30,6
<b>Ausgewählte Gruppen</b>				
Chemische Erzeugnisse	+ 3,2	+ 3,7	+ 7,0	+ 9,8
Maschinen	+ 4,4	+ 2,9	+ 6,6	+ 1,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile	+ 4,4	+ 0,6	+ 10,1	- 5,8
Güter der Informationstechnologie	+ 8,7	+ 14,1	+ 3,6	+ 7,9
Metalle und Metall-erzeugnisse	+ 1,4	+ 0,3	+ 6,1	+ 0,3

Deutsche Bundesbank

mend Investitionen erforderlich macht. Insbesondere die Hersteller von Informations- und Kommunikationstechnologie konnten ihre Exporte steigern. Zudem wurden mehr Maschinen und Kraftfahrzeuge aus Deutschland an ausländische Abnehmer geliefert. Darüber hinaus kam es zu einer moderaten Erhöhung der Ausfuhren von Vorleistungsgütern.

Die Lage in der Bauwirtschaft hat sich in den Sommermonaten weiter verbessert. Saison- und Kalenderunregelmäßigkeiten ausgeschaltet, ist die Produktion des Bauhauptgewerbes in den Monaten Juli bis September erneut gestiegen, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie im zweiten Quartal, als mancher durch den letzten Winter bedingte Produktionsausfall aufgeholt worden war. Der vergleichbare Vorjahrsstand wurde zwar auch zuletzt wei-

terhin unterschritten, der Rückstand war mit 3 ½ % aber deutlich geringer als zuvor, als er noch gut 6 % erreicht hatte. Orientiert man sich an den geleisteten Arbeitsstunden, so waren vom Wohnungsbau über den gewerblichen bis hin zum öffentlichen Bau alle großen Fachbereiche des Gewerbes nahezu gleichmäßig an der Zunahme der Bauaktivitäten beteiligt. Auch im Ausbaugewerbe hat sich das Umsatzminus gegenüber dem Vorjahr im zweiten Quartal, über das die statistischen Informationen gegenwärtig nicht hinausreichen, spürbar vermindert.

Die Entwicklung im Handel blieb hingegen in den Sommermonaten recht ungünstig. Insbesondere im Einzelhandel haben die Umsätze zuletzt das Niveau von zwölf Monaten zuvor nicht mehr erreicht. Vor allem die Käufe von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren sind zurückgegangen. Auf der Großhandelsstufe konnten demgegenüber in den der gewerblichen Wirtschaft zugewandten Bereichen, wie unter anderem bei Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör, kräftige Umsatzsteigerungen erzielt werden. Auch bei Kraftfahrzeugen waren lebhaftere Geschäftsaktivitäten zu verzeichnen. Hierzu passt, dass sich das Verkehrsgewerbe weiter im Aufwind befand. Nicht nur die Schifffahrt, auch der Landverkehr erwirtschaftete binnen Jahresfrist ein günstigeres Ergebnis. Im Gastgewerbe konnten die Beherbergungsbetriebe im Juli/September die Vorjahrswerte beim Umsatz übertreffen, nachdem die Entwicklung noch bis in das zweite Quartal hinein negativ gewesen war. Gaststätten mussten dagegen bis zuletzt Einbußen hinnehmen, obgleich die Minusraten merklich kleiner geworden sind.

*Licht und Schatten bei Handel und Verkehr*

*Anstieg der Bauproduktion*

## Der Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland in den ersten drei Quartalen des Jahres 2005

Mit einem Anteil von 13 % am gesamten Wert der Ausfuhren in den ersten drei Quartalen 2005 und 20 % an den Einfuhren kommt dem Dienstleistungsverkehr Deutschlands mit dem Ausland eine bedeutende Rolle im Rahmen des außenwirtschaftlichen Leistungsaustauschs zu. Von Januar bis September 2005 stiegen sowohl die grenzüberschreitenden Dienstleistungseinnahmen als auch die -ausgaben gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum um 3 ½ %. Wegen des relativ hohen Niveauunterschieds zwischen den beiden Größen erhöhte sich das Defizit in der Dienstleistungsbilanz um 1 Mrd € auf 25 ½ Mrd €.

Ausschlaggebend für die Erhöhung des Passivsaldo in der Dienstleistungsbilanz waren die versicherungsbegleitenden Leistungen. Zum einen sanken hier die deutschen Einnahmen aus grenzüberschreitend erbrachten Versicherungsleistungen um 1 Mrd €. Dabei schlug zu Buche, dass sich bei den deutschen Rückversicherern insgesamt die Relation der Prämieinnahmen zu den Schadenszahlungen an Gebietsfremde verschlechtert hat. Ein umgekehrtes Bild zeigte sich bei den ausländischen Rückversicherungsgesellschaften, bei denen sich die Prämienzahlungen von Gebietsansässigen in Relation zu den erbrachten Leistungen in Schadensfällen verbessert haben mit der Folge, dass die deutschen Versicherungsausgaben um 1 Mrd € zulegten.

Auch die Entwicklung im Reiseverkehr, dem bedeutendsten Teilbereich im Dienstleistungsverkehr, hat in den ersten drei Quartalen zur Defizitauseitung in der Dienstleistungsbilanz beigetragen. Obwohl die Reiseverkehrseinnahmen mit 4 ½ % etwas stärker als die Ausgaben (2 ½ %) stiegen, erhöhte sich der Passivsaldo im Reiseverkehr um ½ Mrd €, da die Einnahmen dem Betrag nach merklich geringer waren als die Ausgaben. Überdurchschnittlich gefragt waren die Tschechische Republik und die Niederlande als Ziele für kürzere Reisen. Auch bei den Ausgaben für Reisen ins klassische Urlaubsland Italien sowie in das Vereinigte Königreich wurden kräftige Zuwächse verbucht. Demgegenüber wurden vor allem weniger Reisen nach Spanien unternommen als noch im Vorjahr. Die Ausgaben für Reisen in die USA gingen ebenfalls zurück.

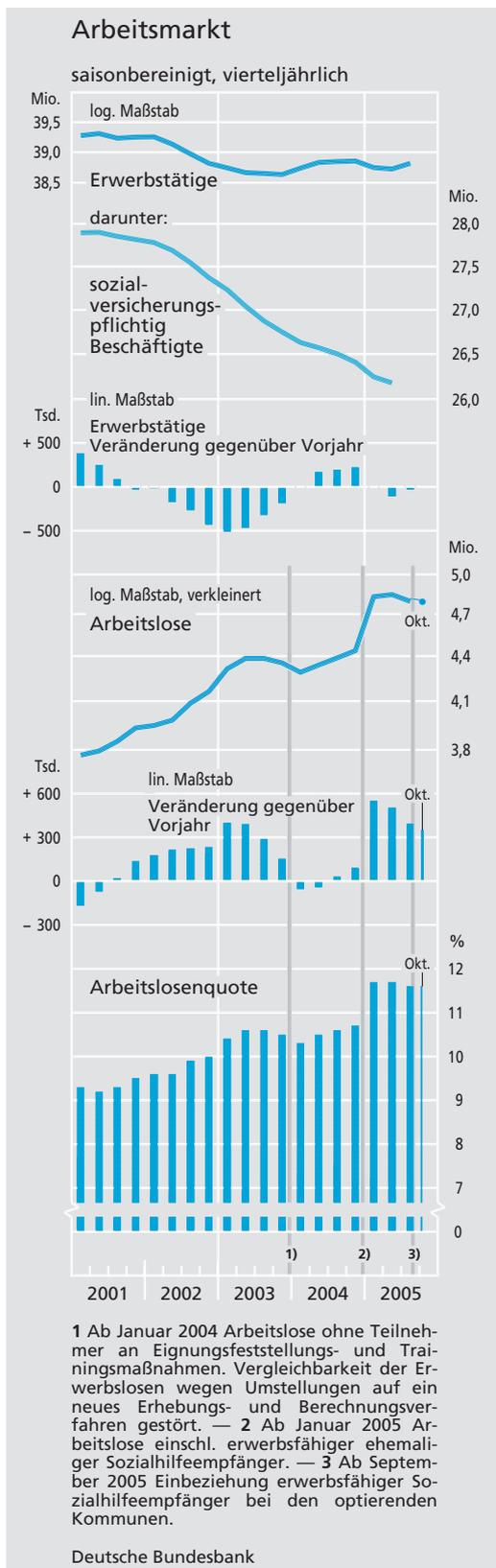
Der Anstieg der Ausgabenüberschüsse bei den Versicherungsdienstleistungen und dem Reiseverkehr wurde im Hinblick auf die Dienstleistungsbilanz insgesamt durch höhere Überschüsse aus Transportleistungen – dem zweitwichtigsten Dienstleistungsbereich – etwas abgemildert. Dies hängt zu einem guten Teil mit

dem florierenden Exportgeschäft der deutschen Wirtschaft zusammen, das stärker als die Einfuhren von inländischen Transportunternehmen abgewickelt wird. Der Saldo der Finanzdienstleistungen blieb in den ersten drei Quartalen zusammen genommen mit 1 Mrd € praktisch unverändert gegenüber dem Vorjahr.

## Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland

Mrd €

Position	2004	Veränderung 2004 gegenüber Vorjahr	Jan. bis Sept. 2005	Veränderung Jan. bis Sept. 2005 gegenüber Jan. bis Sept. 2004
<b>Dienstleistungen insgesamt</b>				
Einnahmen	116,4	+ 5,3	88,9	+ 3,2
Ausgaben	147,3	+ 2,2	114,2	+ 4,0
Saldo	- 31,0	+ 3,0	- 25,4	- 1,0
<b>Reiseverkehr</b>				
Einnahmen	22,2	+ 1,8	17,4	+ 0,7
Ausgaben	57,1	- 0,1	46,6	+ 1,1
Saldo	- 34,8	+ 2,0	- 29,2	- 0,4
<b>Transportleistungen</b>				
Einnahmen	29,0	+ 3,1	22,9	+ 1,4
Ausgaben	24,6	+ 0,5	18,6	+ 0,3
Saldo	+ 4,3	+ 2,6	+ 4,3	+ 1,2
<b>Transithandelserträge</b>				
Saldo	+ 5,3	+ 3,0	+ 5,2	+ 0,7
<b>Versicherungsdienstleistungen</b>				
Einnahmen	2,9	- 3,1	1,0	- 1,0
Ausgaben	4,1	+ 1,2	2,5	+ 1,0
Saldo	- 1,2	- 4,3	- 1,5	- 2,0
<b>Finanzdienstleistungen</b>				
Einnahmen	4,4	+ 0,6	3,4	+ 0,3
Ausgaben	2,8	+ 0,7	2,2	+ 0,3
Saldo	+ 1,6	0	+ 1,2	0
<b>Übrige Dienstleistungen</b>				
Einnahmen	52,6	- 0,1	39,0	+ 1,0
Ausgaben	58,8	+ 0,1	44,3	+ 1,3
Saldo	- 6,2	- 0,2	- 5,4	- 0,4



Die Geschäftssituation bei den unternehmensnahen Dienstleistern hat sich im Sommer im Einklang mit den positiven Tendenzen im Produzierenden Gewerbe deutlich gebessert. Nach den Umfragen sowohl des ifo Instituts als auch des ZEW sind die Beurteilungen der aktuellen Lage durch die Firmen gut ausgefallen. Dies gilt insbesondere für EDV- und Telekommunikationsunternehmen, die vielfach noch im Frühjahr über ein schleppendes Geschäft geklagt hatten. Aber auch die Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sowie die Unternehmensberatungen sind spürbar optimistischer geworden. Die Umsätze der Firmen, die noch in den ersten Monaten des Jahres häufig hinter den Vergleichswerten des Vorjahres zurückgeblieben waren, übertrafen diese nunmehr deutlich.

*Positive Geschäftsentwicklung bei Unternehmensdienstleistern*

### Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Der Arbeitsmarkt wurde auch in den Sommermonaten stark von den Auswirkungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen geprägt. Der seit April zu verzeichnende Anstieg der Beschäftigung, der den Rückgang vom Winter wieder ausgeglichen hat, ist folglich wohl kaum Ausdruck eines von der Wirtschaft ausgehenden zunehmenden Arbeitsbedarfs. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland saisonbereinigt bis September auf 38,9 Millionen erhöht. Das bedeutet gegenüber dem letzten Tiefstand einen Zuwachs um etwa 150 000 Personen. Zwei Fünftel davon waren aus dem Ausland in die Bundesrepublik einpendelnde Arbeitnehmer. Diese werden häufig als Saisonarbeitskräfte eingesetzt.

*Zunahme der Beschäftigung durch Arbeitsmarktpolitik*

Einen starken Zuwachs verzeichneten darüber hinaus die durch die Arbeitsmarktpolitik geförderten Arbeitsgelegenheiten, auch Ein-Euro-Jobs genannt. Im September/Oktober waren bei der Bundesagentur für Arbeit rund 270 000 Personen mit solchen Beschäftigungsverhältnissen gemeldet. Das waren etwa 100 000 mehr als zu Frühjahrsbeginn. Dabei ist zu beachten, dass die jeweils aktuellen Zahlenangaben nur die Untergrenze des Bestandes beschreiben, da die Meldungen erfahrungsgemäß erst mit größeren Zeitverzögerungen erfolgen. Daneben kam es bei den geringfügigen Beschäftigungen, für die eine Entgeltgrenze von 400 € gilt, von April bis August nach den ersten vorläufigen Angaben zu einem Anstieg um schätzungsweise 50 000.

Von anderen beschäftigungsfördernden Maßnahmen kamen dagegen kaum Impulse. So hat sich die Inanspruchnahme von Existenzgründungszuschüssen, die im Jahr 2004 zu vielen Ich-AGs geführt hatten, im laufenden Jahr spürbar beruhigt. Maßgeblich hierfür dürfte gewesen sein, dass seit Jahresbeginn nur noch Empfänger von Arbeitslosengeld I bezugsberechtigt sind und ein Geschäftsplan vorgelegt werden muss. Der Bestand vom Frühjahr wurde zuletzt um knapp 3 000 Kleinfirmen unterschritten. Überbrückungsgelder wurden gut 70 000 Personen gewährt, rund 20 000 weniger als noch vor einem halben Jahr. Die traditionellen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind ebenfalls zurückgeführt worden, wenn auch nur in geringem Umfang.

Fasst man die Beschäftigungsänderungen aus allen genannten Komponenten zusammen, so wird deutlich, dass die konjunkturelle Komponente der Beschäftigung nach wie vor schwach war. Hierauf deutet auch die bis zuletzt gesunkene Zahl der normal sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hin.

Bei der Arbeitslosigkeit ist der seit Mai zu verzeichnende Abbau im September durch einen Anstieg unterbrochen worden. Saisonbereinigt erhöhte sich die Zahl der bei der Bundesanstalt registrierten Arbeitslosen auf 4,84 Millionen. Diese Zunahme war allein darauf zurückzuführen, dass erstmals Angaben aus den Optionskommunen, die die Betreuung der Empfänger von Arbeitslosengeld II in eigener Regie übernommen haben, in die Statistik der Arbeitslosigkeit aufgenommen wurden. Die Bundesagentur beziffert diesen Effekt auf rund 68 000 zusätzliche Arbeitslose. Ohne diese wäre die Arbeitslosigkeit nach Berechnungen der Arbeitsverwaltung saisonbereinigt um 22 000 Personen niedriger gewesen. Wird dies berücksichtigt, so ist die gemeldete Arbeitslosigkeit seit dem Frühjahr der Grundtendenz nach rückläufig, was vor allem im Zusammenhang mit den entlastenden Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt steht. Im Oktober hat sich der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen wieder fortgesetzt. Die jahreszeitlich üblichen Schwankungen ausgeschaltet, waren 4,80 Millionen arbeitslose Personen gemeldet. Die Arbeitslosenquote verringerte sich leicht auf 11,6 %.<sup>1)</sup>

*Deutliche administrative Einflüsse auf die Arbeitslosigkeit*

---

<sup>1</sup> Die Erwerbslosenquote aus der Telefonumfrage des Statistischen Bundesamtes wird hier nicht betrachtet, da sie sich im September auf einen kaum plausiblen Rückgang der Zahl der Erwerbslosen um rd. 650 000 binnen Monatsfrist bezieht.

## Auswirkungen der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe: erste Ergebnisse

Zum Jahresbeginn 2005 trat das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) in Kraft, dessen zentraler Teil die Einführung des Sozialgesetzbuchs II (SGB II) „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ ist. Damit gibt es nun einen einheitlichen Rechtsrahmen für erwerbsfähige Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können, also insbesondere ein zu geringes eigenes Einkommen oder keine Ansprüche (mehr) aus dem System der Arbeitslosenversicherung haben. Die neue Leistungsart Arbeitslosengeld II (ALG II) ersetzt damit das bisherige Nebeneinander von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die mit unterschiedlichen Zuständigkeiten, Anspruchsberechtigungen, Anrechnungsvorschriften, Zumutbarkeitsregeln und Förderinstrumenten einer effizienteren Unterstützung und Förderung vielfach im Weg standen.

Für eine umfassende Beurteilung dieser aus Sicht des Einzelnen vielfach als einschneidend empfundenen Reform ist es derzeit noch zu früh. So befinden sich sowohl die Ämter als auch die Betroffenen noch in einer Lern- und Umstellungsphase. Auch plant der Gesetzgeber, Korrekturen am ALG II vorzunehmen. Zudem brauchen Arbeitsmarktreformen Zeit, um sich zu entfalten. Und schließlich stehen bis jetzt die für eine wissenschaftliche Evaluation notwendigen Daten noch nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung.<sup>1)</sup> Erst im Rahmen einer solchen Erfolgskontrolle ist ein ausgewogenes Urteil über die Wirkungen von Hartz IV möglich.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht derzeit die Frage, wie viele Personen (zu Recht oder missbräuchlich) ALG II beziehen und ob sich durch den Systemwechsel materiell gravierende Veränderungen ergeben haben. Nach noch vorläufigen Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) erhielten im Oktober 2005 rund 6,7 Millionen Personen in 3,7 Millionen so genannten Bedarfsgemeinschaften Sozialtransfers aus dem Grundsicherungssystem des SGB II. Das sind fast 10 % der Bevölkerung bis 65 Jahre. Darunter befinden sich 1,8 Millionen nicht erwerbsfähige Sozialgeldbezieher, zumeist Kinder unter 15 Jahren, deren Eltern einen Anspruch auf ALG II haben. Die verbleibenden 4,9 Millionen im Prinzip erwerbsfähigen Leistungemp-

fänger teilen sich auf in die Gruppe der als arbeitslos registrierten Personen (2,8 Millionen; zumeist Langzeitarbeitslose) sowie die Gruppe der nicht arbeitslosen, aber erwerbsfähigen Arbeitslosengeld II-Empfänger (2,1 Millionen). Von letzteren sind rund die Hälfte erwerbstätig – auch in Eingliederungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten – und erhalten ALG II ergänzend zum Arbeitslohn. Dazu zählen auch Selbständige mit kleinen Einkommen, die zwar oftmals nur einen geringen ALG II-Anspruch haben, aber so einen Zuschuss zur Krankenversicherung erhalten. Die andere Hälfte der Empfänger ist zwar erwerbsfähig, aber nicht erwerbstätig und trotzdem nicht arbeitslos. Erwerbsfähig ist laut Gesetz, wer älter als 15 und jünger als 65 Jahre ist und mindestens drei Stunden am Tag arbeiten kann. Als arbeitslos gelten nur solche Personen, die dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehen. Dies ist bei Personen über 15 Jahren, die sich noch in Ausbildung befinden, aber auch bei Alleinerziehenden mit kleinen Kindern angesichts häufig fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten regelmäßig nicht der Fall. Das Kriterium für die Berechtigung des Bezugs von ALG II ist neben der Bedürftigkeit aber die Erwerbsfähigkeit, nicht die Arbeitslosigkeit.

Vor der Einführung von ALG II wurde einerseits vielfach befürchtet, dass es zu tiefen Einschnitten in Sozialleistungen kommen würde. Andererseits hoffte man, dass der Übergang von einem aus dem letzten Arbeitsengelt abgeleiteten Transferanspruch auf einen an der Bedürftigkeit orientierten Anspruch zusammen mit einer (allerdings erst ab 2007 wirksamen) Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld die Verweildauer in der Nicht-Erwerbstätigkeit verringern würde. Mit dem ALG II wurde jedoch auch der Bezug von Sozialleistungen erleichtert. So wurde das Prinzip der gegenseitigen Verantwortung für den Unterhalt innerhalb der Familie stark gelockert. Dies ist wohl einer der Gründe für die unerwartet kräftige Zunahme der Bedarfsgemeinschaften. Zudem gibt es nun die Sozialleistungen aus einer Hand. Früher mussten Arbeitslosenhilfeempfänger zusätzlich Anträge auf Sozialhilfe stellen, wenn sie einen ergänzenden Anspruch geltend machen wollten. Darüber hinaus vermindert die Auszahlung der Gelder durch die Arbeitsverwaltung ver-

des Übergangs in Erwerbstätigkeit wie auch der Anreizwirkungen von ALG II nach wissenschaftlichen Methoden vorgesehen hat und von den

<sup>1</sup> Es ist zu begrüßen, dass der Gesetzgeber eine Wirkungsanalyse der im Rahmen von Hartz IV vorgesehenen Instrumente für die Förderung

mutlich die Effekte einer sozialen „Stigmatisierung“, was die Inanspruchnahme erhöht haben dürfte. Im Übrigen sind frühere einmalige Leistungen der Sozialhilfe als Pauschalleistungen in das ALG II integriert worden und müssen nicht mehr separat beantragt werden. Damit lässt sich zwar der Verwaltungsaufwand verringern und die Eigenverantwortung der Leistungsempfänger stärken, aber die regelmäßigen monatlichen Zahlungen fallen höher aus. Schließlich wird ehemaligen Arbeitslosengeldempfängern aus Steuermitteln für weitere zwei Jahre ein befristeter Zuschlag gezahlt, der im ersten Jahr zwei Drittel, im zweiten Jahr ein Drittel der Differenz zwischen Arbeitslosengeld (plus eventuellem Wohngeldanspruch) und ALG II beträgt. Erst im vierten Jahr der Arbeitslosigkeit wird das eigentliche Niveau der Grundsicherung erreicht.

Alle diese Punkte machen deutlich, dass es durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nicht zu einer generellen Kürzung von Leistungen gekommen ist. Das wird auch durch eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bestätigt, in der untersucht wurde, wie sich die Transferansprüche durch Hartz IV geändert haben.<sup>2)</sup> Danach sind rund 83% aller ehemaligen Arbeitslosenhilfebezieher auch bedürftig im Sinne des SGB II. Davon erhalten nach den Simulationsrechnungen des IAB immerhin fast die Hälfte höhere Transferleistungen. Reduziert wurden die Transfers an Ältere mit einer relativ hohen Arbeitslosenhilfe sowie an Paarhaushalte mit einer erwerbstätigen Person. Erhöht wurden hingegen vor allem die Transfers an Jüngere.

Die IAB-Studie geht von einem unveränderten Verhalten der Leistungsbezieher aus. Es hat sich aber gezeigt, dass potenzielle Leistungsempfänger ihr Verhalten anpassen, um Leistungsansprüche zu erhöhen. Dazu zählt beispielsweise die Auf- oder Abspaltung von Bedarfsgemeinschaften.

Die öffentlichen Haushalte werden von der unerwartet großen Anzahl der ALG II-Bezieher stärker als geplant belastet. Mit 19 Mrd € bis zum Ende des dritten Quartals haben die Ausgaben des Bundes für ALG II ihren Planansatz für das Jahr 2005 bereits um über 4 Mrd € überschrit-

zuständigen Behörden die dafür notwendigen Daten bereitzustellen sind. — 2 Siehe K. Blos und H. Rudolph, Verlierer, aber auch Gewinner,

### Zusammensetzung der ALG II-Empfänger

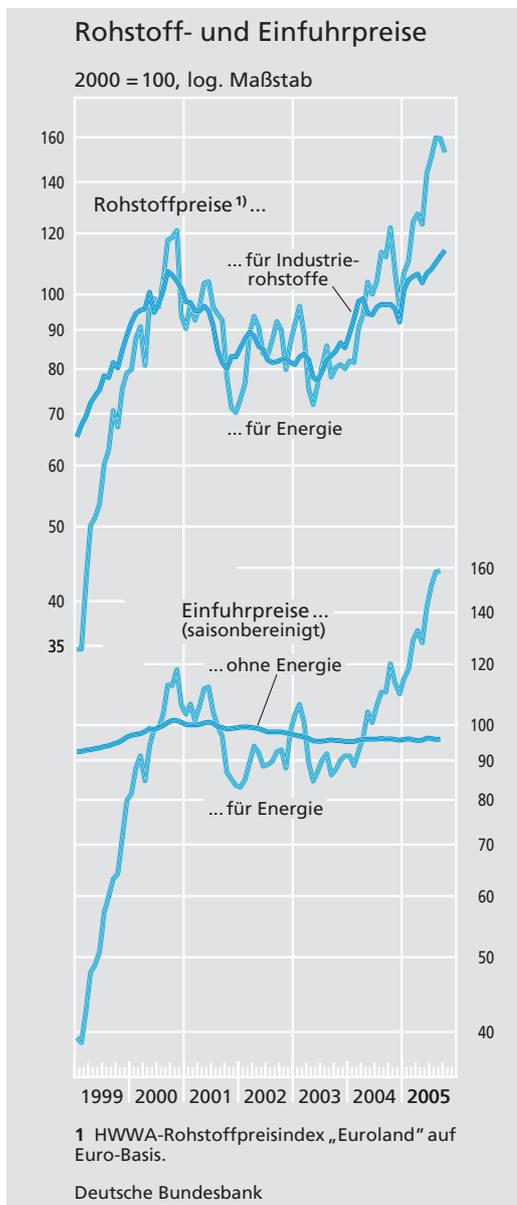
6,7 Millionen ALG II-Empfänger insgesamt		
2,8 Millionen erwerbsfähige arbeitslose ALG II-Empfänger (i.d.R. Langzeitarbeitslose)	2,1 Millionen erwerbsfähige nicht arbeitslose ALG II-Empfänger davon:	
	1,0 Millionen erwerbstätige ALG II-Empfänger (v.a. Ein-Euro-Jobs, Selbständige und sonstige Erwerbstätige mit sehr kleinen Erwerbseinkommen)	1,1 Millionen nicht erwerbstätige ALG II-Empfänger (v.a. Schüler über 15 Jahren, Alleinerziehende mit kleinen Kindern)
		1,8 Millionen nicht erwerbsfähige Sozialgeldempfänger (i.d.R. Kinder unter 15 Jahren in ALG II-Bedarfsgemeinschaften)

Quelle: Vorläufige Zahlen der BA, Stand Oktober 2005.

ten. Insbesondere die Kommunen dürften jedoch durch den Wegfall der Ausgaben für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger bei gleichzeitiger Übernahme der Kosten der Unterkunft für die Bedarfsgemeinschaften per saldo deutlich entlastet werden, zumal sich der Bund in beträchtlichem Umfang an diesen Leistungen beteiligt und auch die Länder zugesagt hatten, eigene Entlastungen an die Kommunen weiterzuleiten. Aus gesamtstaatlicher Sicht dürften sich in diesem Jahr gleichwohl angesichts der unerwartet hohen Empfängerzahl merkliche Mehrausgaben im Vergleich zum Fortbestand des alten Systems ergeben. Wenn die Startschwierigkeiten überwunden, vor allem aber die notwendigen Korrekturen ergriffen und dann auch die erhofften positiven Beschäftigungseffekte eingetreten sind, kann mit einer Entlastung der öffentlichen Haushalte gerechnet werden.

Es kommt sicherlich darauf an, dass nach der aufwendigen Umstellung der Sozialleistungssysteme gegen den missbräuchlichen Bezug von Leistungen eingeschritten wird. Außerdem ist eine Überprüfung des Leistungskatalogs geboten. Wichtig ist aber vor allem, dass sich nun die Anstrengungen auf die (Wieder-)Eingliederung der Hilfebezieher in den ersten Arbeitsmarkt konzentrieren.

Simulationsrechnungen zum Arbeitslosengeld II, IAB-Kurzbericht Nr. 17/2005.



## Löhne und Preise

*Entlastung bei den Lohnkosten fortgesetzt*

Die Lohnkostenbelastung des Produzierenden Gewerbes, für das zeitnahe Informationen vorliegen, ist im Juli/August nochmals leicht zurückgegangen. Zwar haben sich die Löhne und Gehälter je Beschäftigten in der Industrie saisonbereinigt leicht erhöht, je Produkteinheit gerechnet sind sie aber nicht gestiegen. In der Bauwirtschaft hat sich der Rückgang,

der bereits im Frühjahr zu verzeichnen war, in den beiden Sommermonaten ebenfalls fortgesetzt. Eine ähnliche Tendenz dürfte auch für den Unternehmensbereich insgesamt gelten. Hier lagen die Lohnstückkosten im ersten Halbjahr jedenfalls saisonbereinigt  $\frac{1}{4}$  % niedriger als im zweiten Halbjahr 2004. Das vergleichbare Vorjahrsniveau unterschritten sie um 1%.

Der Anstieg der Effektivverdienste ist auch im Sommer weiter hinter der Zunahme der Tarifverdienste zurückgeblieben. Diese haben sich auf Stundenbasis im dritten Quartal im Vorjahresvergleich um 1,1 % erhöht, verglichen mit 1,3 % und 1,0 % in den ersten beiden Jahresvierteln. Maßgeblich für den erneuten Anstieg waren unter anderem Einmalzahlungen im Textil- und Bekleidungs-gewerbe sowie in der Eisen- und Stahlindustrie, wo noch eine Anhebung der Verdienste um 3,5 % ab September hinzukam.

Die Preissituation auf den internationalen Ölmärkten hat sich in den letzten Wochen entspannt. Die Notierungen für ein Barrel Brent-Öl lagen zuletzt bei knapp 56 US-\$. Das ist historisch gesehen zwar immer noch ein sehr hoher Preis. Gegenüber dem letzten Höchststand im August mit knapp 68 US-\$ und dem Zwischenhoch von Mitte September mit etwa 65 US-\$, das sich infolge von Knappheitssorgen im Zusammenhang mit den Hurrikans im Golf von Mexiko gezeigt hatte, ergibt sich jedoch eine deutliche Entlastung. Diese war auch auf den deutschen Märkten zu spüren.

*Entspannung auf den Ölmärkten*

*Verteuerung  
der Energie-  
einfuhren*

So sind die Importe von Rohöl im September etwas billiger geworden. Dies wurde allerdings durch weitere Preissteigerungen bei Mineralerzeugnissen und Gas mehr als kompensiert. Auch für importierten Strom musste mehr gezahlt werden. Die Einfuhrpreise für Energie insgesamt haben sich daher im September nochmals erhöht. Die Verteuerung im Vergleich zum Vorjahr belief sich auf gut zwei Fünftel. Außerhalb des Energiebereichs blieben die Preisbewegungen bis zuletzt sehr moderat. Saisonbereinigt waren die Wareneinfuhren im September nicht teurer als zu Jahresbeginn 2005. Auch der entsprechende Vorjahrsstand wurde nicht überschritten. Industrieerzeugnisse allein waren bis zuletzt um 0,2 % billiger als zwölf Monate zuvor.

*Starker Anstieg  
der Strom- und  
Gaspreise*

Die Abgabepreise der deutschen Industrie für Energie sind bis in den Oktober hinein erhöht worden. Immerhin aber hat sich der Anstieg im Vorjahrsvergleich zuletzt etwas verlangsamt. Das Plus verringerte sich leicht auf 16,7 %. Für Mineralölerzeugnisse mussten im Oktober 13,2 % mehr bezahlt werden, bei Erdgas waren es 26,8 %. Die Jahresteuern bei Strom erreichte zuletzt 11,1 %. Deutlich stärker noch waren die Preiserhöhungen der Erzeuger bei Lieferungen an Weiterverteiler wie zum Beispiel Stadtwerke. Hier kostete Strom im September 17,9 % mehr als zur gleichen Zeit von 2004, für Gas waren es + 35,5 %. Es ist zu erwarten, dass hiervon entsprechende Preisimpulse auf die Verbraucherpreise ausgehen.

*Preistreibender  
Einfluss der  
Tabaksteuer*

Die Erzeugerpreise für die übrigen Industriegüter sind im September und Oktober saisonbereinigt etwas stärker als zuvor angehoben

## Verbraucherpreise

### Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2005			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Okt.
Nahrungsmittel	-0,3	0,3	0,1	0,2
Gewerbliche Waren	1,2	0,4	0,7	1,4
darunter:				
Tabakwaren	19,4	10,7	13,0	17,5
Energie	6,8	8,3	13,0	12,6
darunter:				
Mineralölprodukte	8,4	9,3	16,5	13,8
Gas	7,3	8,4	10,9	15,3
Elektrizität	4,1	4,3	4,4	4,2
Zentralheizung, Fernwärme	6,1	12,4	17,8	20,9
Dienstleistungen	2,2	1,9	2,0	2,1
Mieten	1,0	1,1	1,0	1,0
Insgesamt	1,8	1,7	2,2	2,3
Insgesamt ohne Saisonwaren, Energie, Tabakwaren	0,8	0,8	0,8	1,0
Nachrichtlich:				
Harmonisierter Index	1,7	1,6	2,2	2,4

Deutsche Bundesbank

worden. Dies ist unter anderem auf die dritte Stufe der Tabaksteuer zurückzuführen. Gleichwohl waren die Abgabepreise auch zuletzt kaum höher als in den ersten Monaten des Jahres. Die Zunahme im Vorjahrsvergleich belief sich im Oktober auf 1,4 %, nach 2,1 % im zweiten Quartal. Insbesondere bei den Vorleistungsgütern hat sich der Auftrieb verringert, weil sich die Preisbewegungen bei Stahl und Stahlerzeugnissen weiter abschwächten. Für Investitionsgüter belief sich die Teuerungsrate nach wie vor auf weniger als 1 %.

*Preisschub  
bei den  
gewerblichen  
Waren*

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich in den letzten Monaten etwas beschleunigt.<sup>2)</sup> Saisonbereinigt waren die Preisanhebungen in der Zeit von August bis Oktober mit 1% nahezu doppelt so stark wie im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt. Die Vorjahrsrate, die im Juli noch 2,0% betragen hatte, erreichte im Oktober 2,3%. Nach dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex waren es 2,4%. Beigetragen zu dieser Verstärkung haben neben der Energie, deren Preisanstieg erst zuletzt etwas an Dynamik verlor, speziell die gewerblichen Waren. Hier hat insbesondere die nochmalige Anhebung der Tabaksteuer zum 1. September zu dem Schub bei der Jahresteuern von 0,3% im August auf 1,3% beigetragen. Hinzu kamen etwas größere Preiskorrekturen bei Bekleidung und Kraftfahrzeugen. Im Oktober belief sich die Vorjahrsrate bei den gewerblichen Waren insgesamt auf 1,4%. Für Dienstleistungen betrug der Preisanstieg 2,1%. Dies hing nicht zuletzt mit Aufschlägen bei den Pauschal- und Flugreisen zusammen. Deutlich niedriger war die Teuerung binnen Jahresfrist bei den Wohnungsmieten mit 1,0% und den Nahrungsmitteln mit lediglich 0,2%.

### Auftragslage und Perspektiven

*Fortdauer der  
guten Industrie-  
konjunktur*

Die Aussichten für eine Fortsetzung der lebhaften Industriekonjunktur auch in den letzten Monaten des laufenden Jahres sind gut. Wesentlich hierfür ist, dass sich die Nachfrage nach deutschen Industriegütern spürbar belebt hat und im Verlauf des Sommers auf einem hohen Niveau hielt. Nach Ausschaltung jahreszeitlich üblicher Schwankungen

und unter Berücksichtigung der arbeitstäglchen Konstellation ist der Auftragseingang im dritten Quartal um 4¾% höher gewesen als im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt. Die Zunahme des Auftragsvolumens im Vorjahrsvergleich, die im zweiten Vierteljahr kaum über 2% hinausgegangen war, vergrößerte sich auf 7%.

Insbesondere die Bestellungen aus dem Ausland haben nach einer zeitweiligen Beruhigung im Frühjahr wieder merklich zugenommen. Im Mittel der Monate Juli bis September übertrafen sie das Niveau des zweiten Quartals um nicht weniger als 7¼%. Das Plus gegenüber dem Vorjahr, das im zweiten Jahresviertel auf 3½% zurückgegangen war, vergrößerte sich wieder auf 10½%. Wesentlich für die Besserung war unter anderem eine lebhafte Nachfrage nach Investitionsgütern. Diese betraf nicht zuletzt Büromaschinen sowie Telekommunikationsgeräte. Zudem sind beim sonstigen Fahrzeugbau, der im Wesentlichen neben dem Schiff- und Flugzeugbau auch die Eisenbahnen umfasst, erneut eine Reihe von Großaufträgen eingegangen. Schließlich hat sich der Maschinenbau nach der leichten Auftragsflaute während der Frühjahrsmonate wieder erholt. Im

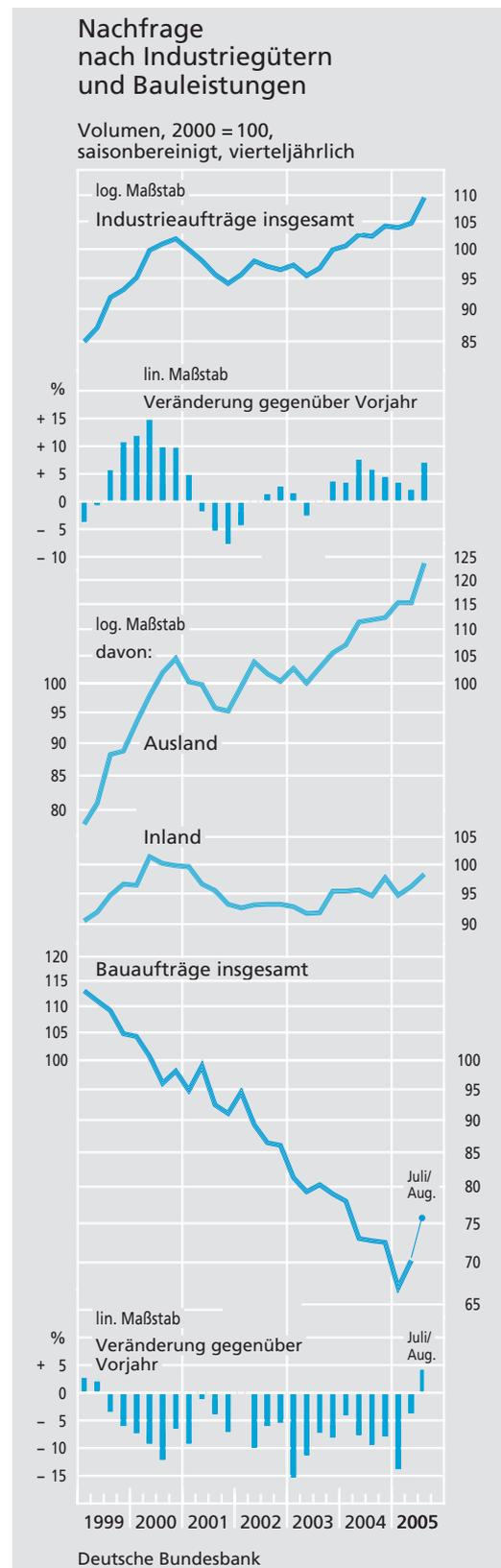
---

<sup>2</sup> Kürzlich ist der Öffentlichkeit ein neuer Index der „wahrgenommenen Inflation (IWI)“ vorgestellt worden, der wesentlich höhere Preissteigerungen ausweist. Die dort ausgewiesenen „Inflationsraten“ sind mit den üblichen Preisindexveränderungen gegenüber dem Vorjahr aber aus methodischen Gründen nicht vergleichbar. Auf Grund einer Reihe von schwer wiegenden Argumenten ist überdies zu bezweifeln, dass die Inflationswahrnehmung der Bevölkerung in dem vorgestellten Index adäquat abgebildet wird. Vgl. dazu im Einzelnen: J. Hoffmann, H.-A. Leifer und A. Lorenz, Index der wahrgenommenen Inflation oder EU-Verbraucherumfragen? – Zu einem Ansatz von Professor H.W. Brachinger, in: Wirtschaftsdienst, November 2005, S. 706 ff.

Bereich der Vorleistungsgüter verzeichnete speziell die Stahlindustrie, die seit dem Herbst vergangenen Jahres eine Abschwächung hinzunehmen hatte, einen spürbaren Anstieg der Orders. Aber auch in der chemischen Industrie hat sich die Auftragslage verbessert.

Die Bestellungen aus dem Inland haben in den Sommermonaten ebenfalls zugenommen. Mit einem Zuwachs von saisonbereinigt 2% im dritten Quartal war die Ausweitung des Auftragsvolumens sogar etwas stärker als im Frühjahr. Dies spiegelt sich gleichzeitig im Vorjahrsvergleich wider, wo sich die Anstiegsrate von  $\frac{3}{4}$ % im zweiten Vierteljahr auf fast 4% im Sommer erhöhte. Überdurchschnittlich gut schnitt der Bereich der Vorleistungsgüter ab. Sowohl die Metallerzeugung als auch die Hersteller von Geräten zur Elektrizitätsproduktion und -verteilung erzielten gegenüber dem Vorquartal viele Geschäftsabschlüsse. Nicht ganz so erfolgreich waren die Anbieter von Investitions- oder Konsumgütern, doch hat sich auch hier die Auftragslage im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Dies gilt nicht zuletzt für die Hersteller von industriellen Prozesssteuerungen wie von optischen und fotografischen Geräten.

Für eine Fortdauer der positiven Geschäftsentwicklung spricht zudem die gute Stimmung in der Industrie. So sind nach den Umfragen des ifo Instituts die Erwartungen für die nächsten sechs Monate seit der Jahresmitte deutlich gestiegen. Nicht nur die Perspektiven für die Produktion, die noch im Frühjahr von einer Mehrzahl der Firmen als ungünstig eingestuft worden waren, haben sich gebessert. Auch die Exportchancen wer-



*Stabilisierung  
der Lage in der  
Bauwirtschaft*

den hoch eingeschätzt. Ein im Vergleich zum Frühsommer verbessertes Bild zeigte darüber hinaus die Herbstumfrage des DIHK.

In der Bauwirtschaft zeichnet sich ab, dass der seit Jahren anhaltende Anpassungsprozess in der zweiten Hälfte von 2005 zumindest unterbrochen worden ist. So waren die Aufträge in der Bauwirtschaft im Sommer deutlich aufwärtsgerichtet. Nachdem bereits im zweiten Quartal das Tief der Wintermonate überwunden werden konnte, ist die Nachfrage nach Leistungen des Bauhauptgewerbes im Juli und August saison- und kalenderbereinigt nochmals um 7 ½ % höher gewesen als in den Frühjahrsmonaten. Damit wurde erstmals seit längerem auch der vergleichbare Vorjahrsstand wieder deutlich überschritten.

Ob sich mit dieser günstigen Geschäftsentwicklung aber ein Ende der Talfahrt in der Bauwirtschaft ankündigt, muss gegenwärtig offen bleiben. Zu der Aufhellung haben nämlich einige Großaufträge beigetragen, deren Wiederholung nicht sicher ist. Dies gilt insbesondere für den gewerblichen Bau. Hier ist im August von Unternehmen aus dem Bereich Bahn und Post ein sehr umfangreiches Projekt gestartet worden. Aber auch die öffentlichen Auftraggeber haben im Juli und August ungewöhnlich viele Straßenbauvorhaben in Angriff genommen. Nachdem im bisherigen Verlauf des Jahres das Auftragsvolumen des Vorjahres deutlich unterschritten worden war, ergaben sich zuletzt Zuwächse von über 20 %. Verhalten blieb dagegen die Entwicklung im Wohnungsbau. Auch wenn in den Sommermonaten im saisonbereinigten Verlauf eine leichte

Verbesserung der Auftragseingänge verzeichnet wurde, im Vorjahrsvergleich ergab sich nach wie vor ein deutliches Minus. Folgt man den Baugenehmigungen, so war dies insbesondere auf den Mietwohnungsbau zurückzuführen. Bei Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen ist die Entwicklungstendenz dagegen etwas günstiger.

Die Perspektiven vieler unternehmensnaher Dienstleister blieben in den Sommermonaten recht optimistisch. Nach dem neuen ifo Konjunkturtest „Dienstleistungen“ haben sich die Geschäftsaussichten von ihrer leichten Eintrübung im zweiten Quartal wieder erholt. Folgt man den Umfragen des ZEW, nahmen die positiven Erwartungen insbesondere bei den Anbietern von Telekommunikationsdienstleistungen, für EDV-Dienste und im IKT-Handel merklich zu. Bei den Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und den Unternehmensberatungen hat die gute Stimmung weitgehend angehalten. Ungünstig blieben dagegen die Aussichten bei den Architekten und den Büros für technische Beratung und Planung.

Ob die sowohl in den Umfragen des DIHK wie auch des ifo Instituts erkennbare Aufhellung der Stimmung im Handel zu einer Besserung des Konsums in den letzten Monaten des Jahres führen wird, erscheint nicht sicher. Zumindest sind die Käufe der Konsumenten beim Einzelhandel im dritten Quartal deutlich rückläufig gewesen und im September auf ihren seit längerem niedrigsten Stand gesunken. Hohe Ausgaben für Energie, die wohl noch weiter steigen werden, beanspruchen einen steigenden Anteil der Verbrauchsbud-

*Optimistische  
Dienstleister*

*Anhaltende  
Schwäche des  
privaten  
Verbrauchs*

gets. Zudem ist von der Lohnseite her, für sich betrachtet, keine größere Zunahme des Einkommensspielraums der privaten Haushalte in Sicht. Auch wird sich die Beschäftigungssituation nur schrittweise verbessern. Viele der durch die Arbeitsmarktpolitik geförderten Beschäftigungen sind im Niedriglohnbereich entstanden.

*Fortsetzung des  
BIP-Wachstums*

Wegen der guten Entwicklung in der Industrie und bei der Mehrzahl der unternehmensnahen Dienstleister sowie der sich in der Bauwirtschaft abzeichnenden Stabilisierung kann

für den Herbst dieses Jahres mit einem weiteren Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion gerechnet werden. Nach wie vor werden dabei die Impulse insbesondere von den Auslandsgeschäften kommen. Hier schlägt sich die attraktive Angebotspalette der deutschen Unternehmen ebenso nieder wie ihre hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die nicht zuletzt in einer gedämpften betrieblichen Kostenentwicklung begründet ist. Die Finanzierungsbedingungen sind weiterhin eine gute Voraussetzung dafür, dass auch die Inlandsnachfrage stärker wird.